Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt frei Haus monatlich Mk. 5.—, für Abholer Mk. 4.90, durch auswärtige Boten Mk. 5.20 monatlich; bei Postbezug Bestellgeld extra. Erscheint nachm. Einzelnummer 25 Pfg. Postscheck-Konto Leipzig 16654 Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7 gesp. Millim.-Satzraum 30 Pfg., der 3 gesp. Millim.-Reklameraum 1 Mk. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet

Nr. 167. Freitag, den 30. Juli 1920. 160. Jahrgang.

Tageschronik

Beschlüsse des Reichskohlenrats über Spaa.

Polen vor dem Zusammenbruch.

Die Entente gegen die russischen Waffenstillstandsbedingungen.

Das Notgesetz über die Reichswehr vom Reichsrat angenommen.

Neue Landarbeiterstreiks.

Bela Khun freigelassen.

Die polnische Frage.

Die schwierige Lage Polens.

Von bestinformierter Seite erfährt unser Berliner Vertreter: Es kann kein Zweifel mehr darüber vorliegen, daß Polen vor einer vollkommenen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Katastrophe steht. Die Hoffnungen, die auf die Aufstellung einer Hallerschen Freiwilligenarmee gesetzt worden sind, sind schwer enttäuscht worden. In Wirklichkeit haben sich nicht 300 000 Freiwillige gemeldet, wie eine Lügenmeldung der polnischen Regierung besagte, sondern nur der zehnte Teil davon, der zum größten Teil aus Arbeitslosen und aus schlechtesten Elementen besteht. Die gewaltsame Einziehung von Soldaten zur polnischen Frontarmee bringt es mit sich, daß viele unausgebildete Kräfte die Disziplin der Truppen zerstören. Massendesertationen sind an der Tagesordnung. Ebenso furchtbar ist die Wirtschaftslage der Polen. Durch die allgemeine Panik sind die Banken in Polen von ihren Kapitaleinlagen entblößt. Die Unternehmungslust ist auf den Nullpunkt gesunken. Täglich werden Tausende von Arbeitern entlassen. Auch die polnische Landwirtschaft wird sehr beunruhigt, weil die polnischen Bauern in Scharen nach Westen flüchten, um sich etwa vor bevorstehenden Massakres durch rote Soldaten zu retten. An der polnischen Front befinden sich viele Kosakenregimenter, die ganz Polen in einen ungeheuren Schrecken versetzen. Hinzu kommt noch die politische Machlosigkeit der gegenwärtigen polnischen Machthaber. Sie haben ihre ganze Hoffnung auf die Alliierten eingestellt und erwarten die Rettung nur noch von Paris und London. Aus Revolutionsfurcht reaieren sie mit einem brutalen Belagerungszustand, der große Erbitterung in weitesten Bevölkerungskreisen hervorruft. Die innere Ruhe des Landes wurde bisher bewahrt, weil das Hungergespenst noch nicht an die Tür geklopft hat. Jetzt droht aber plötzlich auch eine Ernährungskrise. Die zahlreichen zurückflutenden Truppen verlieren ihre Disziplin und verlangen Nachversorgung. Kleine Landgegenden, die nur über einen beschränkten Vorrat von Lebensmitteln verfügen, werden durch die Truppenrequisitionen vollständig von ihren Erntevorräten entblößt. Die Lebensmittelzufuhren für die Städte sind ins Stocken geraten, sodaß die katastrophale Lage Polens kaum noch einen Ausweg aus dem Zusammenbruch sehen läßt.

Russische Kavallerie 4½ Kilometer von der deutschen Grenze.

Berlin, 29. Juli. Dem „8 Uhr-Abendblatt" wird gemeldet, daß die russische Kavallerie bereits im Rücken der polnischen Nachhut Szydzyn erreicht hat, also schon auf 4½ Kilometer an die deutsche Grenze östlich Biala herangekommen ist. Offowiec ist bereits durch die Sowjettruppen besetzt. Zwischen Grajewo und Lomza ist die telephonische Verbindung unterbrochen. Kunterbunt durcheinander marschieren die geschlagenen Infanteriebataillone, Artillerie- und Trainabteilungen. Alle Straßen sind verstopft. Die höheren Führer scheinen völlig zu versagen. Die Truppen leiden an einem schrecklichen Munitionsmangel. Es ist bezeichnend, daß die Russen fast vollkommen ohne Artillerie vorgehen, da ihnen die Polen bei der Aufgabe der Niemenlinie nirgends einen starken Widerstand entgegensetzen konnten.

Englands Ratlosigkeit.

Paris 29. Juli. Die französische Presse scheint unzufrieden zu sein. In Polen scheinen die Dinge nicht so zu gehen, wie die Franzosen es wünschen, und die Presse macht Pilsudski dafür verantwortlich, daß er sich den Ratschlägen des Generals Weygand nicht fügen wolle, die wohl auf Erneuerung des Widerstandes gegen die Bolschewisten hinauslaufen. Ferner ist die Haltung Englands bedenklich, wo die Regierung wahrscheinlich andere Wege gehen will als die ihr in Boulogne von den Franzosen vorgezeichneten. Zwei Tatsachen liegen vor. Einerseits sandte Lloyd George die in Boulogne vereinbarte Note an Tschitscherin nicht ab, sondern nur die Anfrage, ob die Antwortnote der Bolschewisten an die englische Regierung dahin aufzufassen sei, daß die Vertreter der Sowjetrepublik in London nur mit den Vertretern der Westmächte oder auch mit denen der Polen und der Randstaaten zusammentreffen wollen. Erst von der aufklärenden Antwort Tschitscherins wird dann das weitere Verhalten Englands abhängen. In englischen politischen Kreisen wird angenommen, daß die Note Tschitscherins zugestehe, daß sich eine Begegnung mit den Vertretern Polens und der Randstaaten ermöglichen lasse. Demnach scheinen die Beschlüsse in Boulogne, wenn nicht gänzlich aufgegeben, so doch wenigstens beiseite gestellt zu sein.

Andererseits liegt ein außerordentlich bemerkenswerter Artikel des englischen Kriegsministers Wiston Churchill in den „Central News" vor. Darin erklärt Churchill: Die französische und die englischen Interessen sowie die Früchte des Sieges werden schwer kompromittiert, wenn Polen durch die russischen Maßnahmen zum Untergang verurteilt oder der bolschewistischen Propaganda ausgeliefert wird. Unter solchen Umständen hat Deutschland eine schreckliche, aber außerordentlich wichtige Wahl zu treffen, entweder seine eigene Zivilisation in dem allgemeinen bolschewistischen Chaos untergehen zu lassen, oder durch eine außerordentlich kluge Anstrengung eine Schranke zu errichten, um die Ueberflutung durch den russischen Barbarismus hintenanzuhalten. Wenn die Deutschen sich fähig erweisen, der Menschheit diesen Dienst zu leisten; so werden sie zweifellos einen großen Schritt vorwärts tun und ihre früheren Fehler vergessen machen. Sie könnten einen großen Platz in der menschlichen Zivilisation einnehmen und die ernsteste Zusammenarbeit zwischen Frankreich, England und Deutschland ermöglichen, wovon das Heil Europas abhängt.

Natürlich findet der Artikel im „Journal" lebhaftes Befremden. Aus Berlin läßt sich das „Journal" melden, zwischen Lord Kilmanrock und den Generälen Ludendorff und Hoffmann wurden Verhandlungen wegen einer militärischen Aktion Deutschlands gegen den Bolschewismus gepflogen. Die deutschen Generäle seien der Ansicht, daß eineinhalb Millionen Menschen erforderlich wären, um um die Bolschewisten radikal auszurotten. Ludendorff wäre bereit, das Kommando dieser Armee unter folgenden Bedingungen zu übernehmen: Polen müsse als autonomer Bundesstaat wieder an Deutschland fallen; die Bestimmungen des Versailler Vertrages über Danzig, den polnischen Korridor und Oberschlesien müßten aufgehoben werden; Deutschland müsse das Recht zuerkannt werden, Rußland wirtschaftlich auszubeuten. Es werde damit gerechnet, daß die Mehrheitssozialisten und die Gewerkschaften zu den Abschlüsse eines derartigen Abkommens sich neutral verhalten würden.

Diese Information des „Journal" ist natürlich blanke Phantasie. General Ludendorff wäre der letzte, um unhaltbare militärische Versprechungen zu geben.

Foch nach Warschau als schwarzer Mann.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, soll der französische Marschall Foch im Begriff stehen, nach Warschau abzureisen. Dort sollte er die Möglichkeit eines Eingreifens der französischen Hilfstruppen für Polen untersuchen. Außerdem wird behauptet, daß seine Anwesenheit in Polen eine moralische Wirkung ausüben solle (??). Die bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen werden von den Polen mit keinerlei Hoffnungen begrüßt, weil die gefährdete Lage des Landes die Bolschewisten zu den härtesten Bedingungen veranlaßt. Es wird behauptet, daß eine polnische Legion von etwa 20 000 von den Bolschewisten angeworbenen polnischen Kriegsgefangenen im Anmarsch sei, um in Polen die Sowjet-Republik auszurufen. Marschall Foch soll nun beruhigend auf die polnische Bevölkerung einwirken und andererseits den Bolschewisten zur Wahrung von überspannten Kriegszielen dienen. Du lieber Gott!

„Polen muß sterben".

Die „Iswestija" veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt, daß die Alliierten vergeblich versuchen würden, die Vernichtung Polens zu verhindern. Die Erregung der Entente sei leicht begreiflich, da der politische Sturz der polnischen Bourgeoisie eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur Vernichtung der Bourgeoisie in der ganzen Welt bedeute. Aber gerade aus diesem Grunde müsse Polen sterben.

Die polnische Nordarmee

ist vollständig zusammengebrochen. Die Niemenfront löst sich auf. Auch am Ajinski-Kanal erlahmt der polnische Widerstand. Enorme russische Reitermassen ohne jede Artillerie verfolgen die regellos fliehenden polnischen Heeresteile. Die Führung scheint dort völlig versagt zu haben. Eine vollkommene Katastrophe steht bevor bezw. ist sie bereits eingetreten.

Eine Mission Vigdor Kopps?

Von sehr gut informierter Seite wird unserem Berliner Vertreter mitgeteilt: Der Vertreter der Sowjet-Regierung in Berlin, Herr Vigdor Kopp, befindet sich augenblicklich in einer sehr wichtigen Angelegenheit in Moskau. Er will dort mit dem russischen Minister des Auswärtigen Tschitscherin die Möglichkeit besprechen, offizielle Verhandlungen mit Deutschland über die Klarstellung der Beziehungen zwischen Moskau und Berlin einzuleiten. Bisher konnte von einem diplomatischen Verkehr zwischen Sowjet-Rußland und der deutschen Regierung noch keine Rede sein, da von beiden Seiten ein Meinungsaustausch peinlichst vermieden wurde. Nun schweben aber gegenwärtig eine Reihe sehr wichtiger Fragen zwischen den beiden Ländern, die eine schleunige Erledigung beanspruchen. Man erwartet, daß von Moskau demnächst bestimmte Vorschläge für die deutsche Regierung eintreffen werden.

Die Reichswehrvorlage.

Ein „Notgesetz".

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung nicht das Gesetz über die Reichswehr verabschiedet, sondern den Entwurf zu einem Notgesetz genehmigt. Das Gesetz heißt: Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstverpflichtung.

Es besteht aus Paragraphen. § 1 bestimmt, daß Reichswehr und Marine aus Freiwilligen bestehen müssen, die die Deutsche Staatsangehörigkeit haben. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft und alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. §§ 2—4 sind in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages abgefaßt. § 2 setzt die Stärke der Reichswehr und der Marine auf 100 000 bezw. 15 000 Mann fest. § 3 regelt die Dauer der Dienstverpflichtung entsprechend dem Friedensvertrag. § 4 enthält die Uebergangsbestimmungen für Angehörige des alten Heeres in die Reichswehr usw. Das Gesetz geht dem Reichstag zu und soll bereits heute dort zur Verhandlung gelangen.

* * *

Neue Landarbeiterstreiks.

Braunschweig, 29. Juli. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung von Landarbeitern wurde mit großer Mehrheit ein allgemeiner Landarbeiterstreik für den ganzen Freistaat Braunschweig beschlossen. Obwohl günstige Tarifverträge noch bestehen und zum Teil in neuester Zeit erst abgeschlossen oder erweitert wurden, wollen die Arbeiter durch den Ausstand höhere Löhne und einen Abbau der Lebensmittelpreise sowie sonstige wirtschaftliche Vorteile erringen. Im Laufe des heutigen Vormittages sind die Landarbeiter nur in einigen Kreisen und vorwiegend bei den größeren Gütern in den Ausstand getreten. Der größte Teil der Landarbeiter steht dem Streikbeschluß mangels ausreichender Begründung noch ablehnend und abwartend gegenüber. Der Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter soll auch des politischen Beigeschmacks nicht entbehren. Ein großer Teil der Ernte steht noch draußen. Nach vorläufig noch unkontrollierbaren Gerüchten soll der Landarbeiterstreik ganz Mitteldeutschland ergreifen oder sich über das ganze Reich ausdehnen.

Neuerdings treiben auch in ganz Ostpreußen Streikhetzer auf dem Lande eine sehr starke Agitation für einen Landarbeiterstreik, besonders in den Kreisen Wehlau und Angerburg. Dort sind bereits eine Anzahl Arbeiter von den Besitzern plötzlich entlassen worden, da der Deutsche Landarbeiterbund gedroht hat, sofort in den Streik einzutreten, falls die Landwirte die von auswärts stammenden und nicht zu dem Deutschen Landarbeiterverbande gehörenden Arbeiter nicht innerhalb dreier Tage von ihren Höfen entfernt hätten.

Gefährdung des Kohlenabkommens von Spaa.

Aus dem Auswärtigen Amt erfährt unser Berliner Vertreter: Falls die französische Kammer die Leistung der Vorschußzahlung für das Kohlenabkommen in Spaa verhindern sollte, würde der merkwürdige Fall eintreten, daß das Inkrafttreten des Kohlenabkommens zum 1. August verhindert würde. Offenbar laufen die Bestrebungen der französischen Kammerparteien darauf hinaus, die Ausführung des Kohlenabkommens zu verhindern, damit Deutschland vor große Schwierigkeiten gestellt werde. Welche Lösung die französische Regierung im Auge hat, falls die Kammer den Kredit für den Kohlenvorschuß verweigern sollte, ist bis jetzt noch sehr unklar.

Fehrenbach und Simons im französischen Licht.

Paris, 28. Juli. Das „Journal des Debats" bespricht im Leitartikel die letzten Reichstagsverhandlungen und hat den Eindruck, daß Fehrenbach sich dort wie in Spaa als Zauderer und „zur Ueberwindung der Schwierigkeiten einer bewegten Zeit wenig geeignet" zeigte, daß Simons dafür immer mehr in den Vordergrund trete. Die vorgestrige Rede Simons enthalte ausgezeichnete Stellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200730-17/fragment/page=0001

Diese französische Empfehlung des Ministers Simons spricht allerdings Bände!

Fremde Ablösungs- und Materialtransporte ins Abstimmungsgebiet.

Berlin, 29. Juli. Zu den zahlreichen, die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Beförderung von Truppen und Kampfmaterial auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Polens gegen Sowjetrußland verwendet werden sollen, erfährt WTB. von zuständiger Stelle folgendes: Es gehen regelmäßig Nachschübe und Abschübe zu und von den in den Abstimmungsgebieten Ostpreußens, Westpreußens und Oberschlesiens stehenden Besatzungstruppen. Entsprechend verkehren regelmäßig Rückzüge über diese Strecken. Diese Transporte dienen lediglich dem Zwecke, die Besatzungen abzulösen und mit Material zu versehen, und werden daraufhin von den zuständigen deutschen Stellen regelmäßig kontrolliert. Die Bevölkerung der Ortschaften, welche diese regelmäßigen Transporte passieren, können nicht nachdrücklich genug gewarnt werden, sich von irgend welchen Gerüchten über den Charakter dieser Transporte beunruhigen oder sich gar zu unbesonnener Haltung ihnen gegenüber verleiten zu lassen. Diese Transporte erfolgen durchaus in Uebereinstimmung mit der Ausführung des Friedensvertrages hinsichtlich der östlichen Abstimmungsgebiete und zwar bereits seit 2 Monaten, stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen und können daher nicht im geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft hat die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes zum 31. März 1921 genehmigt. Bis dahin soll die Reichsregierung die gegen das Gesetz vorgebrachten Beschwerden und Wünsche geprüft haben und dem Reichstage eine entsprechende Novelle zum Gesetz vorlegen. Finanzminister Dr. Wirth sagte das zu. Angenommen wurde eine Resolution Jaud (D. Vpt.), das bei der Besteuerung der Heizwert der Kohle berücksichtigt werde.

Ausreiseerlaubnis für Bela Khun.

Berlin, 29. Juli. Da die ungarische Regierung den angekündigten Antrag auf Auslieferung Bela Khuns bisher nicht stellte, beschloß die deutsche Regierung die Abreise Bela Khuns und seiner Begleiter in von ihnen selbst gewähltes Ausland nicht länger zu verhindern (!!).

England plant ein Handelsabkommen mit Danzig

Der Londoner „Daily Herald" meldet, das englische Kabinett habe ein Handels- und Wirtschaftsabkommen mit dem Freistaat Danzig angenommen, das noch in diesem Monat der Danziger Regierung zugehen wird.

Krawalle in Danzig.

Danzig, 29. Juli. Bei einer auf dem Heumarkt abgehaltenen Demonstrationsversammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude in einer Sitzung des Staatsrates anwesende Oberbürgermeister Sahm wurde gewaltsam aus dem Saal geholt, um zu der durch zahlreiche Reden aufgeregten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor die Menge geführt wurde, drang sie von vielen Seiten auf ihn ein und mißhandelte ihn schwer. Er wurde angespien und von vielen, die ihn erlangen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte der Menge versichert, daß er sich für die Erfüllung der Forderungen einsetzen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgefängnis führende Straße absperrte, da eine gewaltsame Befreiung der politischen Gefangenen beabsichtigt sein sollte. Durch Maschinengewehrschüsse wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

* * *

Aserbeidschan unter bolschewistischer Herrschaft.

Die „Times" melden aus Konstantinopel, daß Aserbeidschan sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befindet. Von den sechs Oberkommissaren, die das Land regieren, sind zwei Russen, zwei Georgier und nur die beiden am wenigsten Einflußreichen Tartaren. Das Heer besteht beinahe aus Russen, und zwar größtenteils aus Truppenteilen der früheren Astrachanarmee, sowie der 20. bolschewistischen Division.

Der italienisch-griechische Konflikt.

Paris, 29. Juli. Laut „Matin" hat sich der Konflikt zwischen Italien und Griechenland über die Inseln des Dodekanes nicht beseitigen lassen. Die italienische Regierung habe sich geweigert, das Abkommen anzuerkennen, das vor einem Jahre in London abgeschlossen worden ist.

Deutscher Reichstag.

Donnerstag, 29. Juli. 1 Uhr nachmittags.

Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt. Am Ministertisch Reichswehrminister Geßler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des von Abg. Müller-Franken eingereichten Gesetzentwurfes, betreffend

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (Soz.) spricht über den Zusatzantrag zum Gesetzentwurf, der in einzelnen Paragraphen kleine Abänderungen vorsieht. Das Gesetz soll dazu dienen, einer Justizmacht endlich ein Ende zu machen.

Abg. von Gallwitz (Dn.) nimmt die Militärgerichtsbarkeit in Schutz. Es handele sich hier nur um politische Motive. Er frage, ob denn die Blutturteile der Sowjet-Armee von Zivilgerichten gefällt wurden. Die Militärgerichte seien viel besser als ihr Ruf. Er könne als altgedienter Soldat das besser beurteilen als die Gegner. Er hoffe, daß der Baum, an dem die Wespen nagen, noch manches Jahr schöne Früchte tragen werde.

Abg. Rosenfeld (U. S.): Man solle es kaum für möglich halten, daß ein Führer aus dem fluchbeladenen Kriege sich hinstelle (Stürmische Proteste, allgemeines Durcheinander. Glocke des Präsidenten) dessen Worte beweisen, daß er selbst keine Ahnung von den Strafen des Blutregiments habe (Schallende Heiterkeit rechts) . . . Die weiteren Worte des Redners gingen in dem Lärm und dem fortwährenden Unterbrechungen im Zusammenhang verloren.

Abg. Bell (Ztr.): Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse sei seine Partei der Ansicht, daß jetzt die bürgerliche Gerichtsbarkeit notwendig sei.

Abg. Brüninghaus (D. Vpt.): Dr. Rosenfeld hat der Kaste der Offiziere die Schuld an allem gegeben, Namens der 10 000 Offiziere, die der grüne Rasen deckt, erhebe er gegen die Beschimpfung Einspruch. Redner wendet sich sodann gegen einige Einzelheiten des Entwurfs und schließt mit dem Hinweis, daß er die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für einen schweren Fehler hatte. Redner schließt mit dem Appell an alle, sie möchten dafür sorgen, daß die 100 000 Mann Reichswehr, die jetzt zur Entlassung kämen, eine Unterkunft finden.

Reichswehrminister Geßler sieht in dem Entwurf die Einlösung eines in Weimar gegebenen Versprechens und erklärt die Annahme durch die Regierung. Er erhofft davon eine Beruhigung der politischen Atmosphäre und verlangt gleichzeitig eine Reform der bürgerlichen Strafrechtspflege in dem Sinne, daß der Tat schneller die Ahndung folge.

Die Paragraphen 1 bis 8 werden angenommen.

Zu Paragraph 9 beantragen die Unabhängigen Verbot des Waffengebrauchs bei Verhaftungen.

Abg. Herzfeld (U. S.) begründet den Antrag.

Abg. Haas (Dem.) meint, unter gewissen Umständen müsse der Soldat schießen können, so einfach ist die Sache also nicht.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Schießverbot für Soldaten im Wege des Hamelsprunges mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Brüninghaus (D. Vpt.) Einspruch.

Es folgt

die zweite Lesung des Reichsnotetats.

Abg. Boyhers (U. S.) hält es nicht für zeitgemäß, daß der Präsident der Republik Herr über Leben und Tod sei, wie seinerzeit die Landesfürsten. Redner verlangt Aufhebung des Ausnahmezustandes. Der Reichspräsident sei überhaupt eine der überflüssigsten Institutionen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erwidert, Vorredner habe keinen Beweis dafür erbracht, daß der Präsident die ihm zustehenden Rechte jemals überschritten habe.

Bizepräsident Bell erklärt, der ehemalige deutsche Kaiser dürfe jetzt in der Debatte erwähnt werden und muß sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber es sei Pflicht des Präsidenten, ihn wie jeden anderen Staatsbürger gegen eine persönliche gehässige und beschimpfende Form zu schützen.

Abg. Boyhers (U. S.) beharrt darauf, daß Präsident Ebert als Sozialdemokrat die Verpflichtung habe, sein Todesurteil zu unterzeichnen. Er wundert sich, daß die Rechte eine historische Strohpuppe sich als ihren Kaiser darstelle, die im Moment der Gefahr feige die Flucht ergriffen habe.

Reichsjustizminister Heinze stellt nach Aktenmaterial einige Fälle im Ruhrgebiet anders dar als der Vorredner.

Beim Kapitel Reichstag wünscht Abg. Naumann (Dem.) angesichts der großen Aufgabe, die dem Hause bevorstehen und angesichts des Umstandes, daß der Reichswirtschaftsrat die gleichen Fragen behandeln werde, das Mittel gefunden würden, die Verhandlungsfähigkeit des Hauses zu stärken, etwa durch eine Begrenzung der Redezeiten.

Beim Kapitel Reichswirtschaftsministerium fordert Abg. Dr. Hertz (U. S.) die Sozialisierung des Bergbaues und der Papierindustrie.

Zum Kapitel Reichsmilitärgericht bringt Abg. Rosenfeld (U. S.) seine bekannten Klagen aufs neue vor. Redner verlangt Zulassung der Oeffentlichkeit zu den Verhandlungen des Reichsmilitärgerichtes.

Beim Kapitel Reichsjustizministerium erhebt Abg. Ludwig (U. S.) Anklage gegen die Reichsjustiz, deren Unterorgane den Anordnungen des Herrn Ministers nicht Folge leisteten. Hierzu gehört der Fall Dorten. In Kassel sei der Kommunist Minster verhaftet und bis heute sei seinem Rechtsanwalt nicht Einsichtnahme in die Akten gestattet worden. Wann wird er erste Prozeß gegen die Offiziere stattfinden, die die Arbeiter niedergeschossen?

Abg. Düwell (U. S.) stimmt der Amnestie zu, aber als einer Selbstverständlichkeit. Die im Ruhrgebiet geübte Rechtsprechung und die Zivilrechtsprechung leisteten noch schmachvolleres, als die Militärjustiz. Als Redner im Laufe seiner Ausführungen von der Unverschämtheit eines Landgerichtsdirektors spricht, wird er vom Präsidenten unterbrochen und als er den Ausdruck nochmals gebraucht, zur Ordnung gerufen. Desgleichen unterbricht der Präsident, als Redner von pöbelhaften Beschimpfungen eines Staatsanwaltes spricht. Redner fordert sofortige Revision der im letzten halben Jahre ergangenen Urteile des Raumburger Landgerichtes gegen Arbeiter.

Vizekanzler und Reichsjustizminister Heinze entgegnet, alle Anklagen gegen die Reichswehr hätten nichts mit der Justiz zu tun. Die Angeklagten seien nämlich der Art, daß er nicht im Stande sei, sie hier im einzelnen durchzugehen. Er habe nicht die Absicht, sich der Verantwortung, die ihn treffen könnte, zu entziehen. Er zollt sogann der Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue deutscher Richter hohes Lob. Zur Ruhrgebietsfrage erwähnt er, daß bislang 1279 Begnadigungsgesuche und 567 davon bereits bewilligt worden seien (!!!). Aus allen diesen Anklagen spreche nur der Haß gegen die deutsche Justiz.

Das Haus genehmigt das Kapitel Justizministerium.

Während einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Reichswehrminister Geßler, daß im Friedensvertrag die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt werde. Die große Vorlage über diesen Punkt werde erst im Herbst kommen. Morgen werde eine den Wünschen der Entente entsprechende Notverordnung zur Erledigung kommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf morgen vormittag um 11 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorlagen.

Schluß 1/8 Uhr.

Verlängerte Tagungsdauer des Reichstages.

Der augenblickliche Tagungsabschnitt des Reichstages wird voraussichtlich längere Zeit, als beabsichtigt, in Anspruch nehmen und daher nicht diese Woche abgeschlossen werden können. Die im Haushaltsausschuß mitgeteilten Angaben über die horrenden Ausgaben für das französische Besatzungsheer im Rheinland sollen in der Vollsitzung des Reichstages besprochen werden. Durch diese Erweiterung des ursprünglichen Programms werden die bisherigen Dispositionen abgeändert. Man nimmt an, daß der Reichstag in der Mitte der nächsten Woche sich werde vertagen können.

Politische Rundschau

22 Millionen Unterbilanz bei der Leipziger Straßenbahn.

In einer gestern abend im Volkshaus zu Leipzig abgehaltenen Versammlung beschlossen die Straßenbahner, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß monatlich 1 bis 9 Tage mit der Arbeit ausgesetzt wird, um dadurch der sonst notwendig werdenden Entlassung von 400 Straßenbahnern vorzubeugen. Wie mitgeteilt wurde, dürfte sich der Fehlbetrag der Straßenbahn in diesem Jahre auf 22 Millionen Mark belaufen. Ein Antrag auf Austritt aus dem Transportarbeiterverband und Eintritt in den Gemeindearbeiterverband wurde abgelehnt.

Abenteuer des polnischen Hoheitszeichens.

Oppeln, 29. Juli. Am polnischen Generalkonsulat war bereits am 2. Mai das polnische Hoheitszeichen von unbekannten Tätern entfernt worden, wurde dann aber mit großer Feierlichkeit angebracht und vor einiger Zeit wieder abgenommen. In diesen Tagen war es nun wieder angebracht worden. In der Nacht vom Mittwoch wurde das Hoheitszeichen, der weiße Adler, von einem unbekannt gebliebenen Täter schwarz bemalt. Zu gleicher Zeit wurde ein darunter befindliches Schild einer Firma ebenfalls schwarz bemalt. Da dieses Schild vorher die Farben weiß und rot trug, weist es jetzt die Farben schwarz-weiß-rot auf.

* * *

Konstantinopel für die Griechen?

Die „Daily Mail" meldet aus Konstantinopel, daß die Alliierten der Türkei nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwei Monate Zeit lassen werden, um die Ordnung in Kleinasien wiederherzustellen. Gelingt es den Türken nicht, Mustafa Kemal in dieser Zeit zur Vernunft zu bringen, dann werden die Griechen diese türkische Aufgabe übernehmen. Sie werden dann als Belohnung Konstantinopel sowie andere türkische Vergünstigungen erhalten.

Preissturz für Tonnage.

Christiania, 29. Juli. Infolge des erheblichen Preisrückganges für Tonnage sind in den letzten Monaten Verträge über insgesamt 1 Millionen Tonnen aufgehoben worden. In norwegischen Reedereikreisen wird darauf hingewiesen, daß die Schiffahrt schweren Zeiten entgegengehe.

Aus Stadt und Umgebung

Hausfrauenkalender.

Sonnabend, den 31. Juli 1920.

* Heute gelangen 100 Gramm Frischfleisch für die Person in den bekannten Verkaufsstellen auf die städtischen Fleischmarken zur Ausgabe.

Rüböl

in allen Butterverkaufsstellen, 100 Gramm Rüböl zu 2,50 Mk.

Lehrgang für Jugendpflege.

* Ueber Heimatschutz, Heimatpflege und Jugendpflege sprach Lehrer Otto Schroeter-Ammendorf. Zwei Forderungen stellte er für die Jugend und ihre Führer auf: 1. Schöne alles fern zu halten, was der Jugend schaden könnte (Heimatschutz), 2. Fördere alles, was der Heimat von Nutzen ist (eigentliche Heimatpflege). Die zu schützenden und zu pflegenden Dinge der Heimat zerfallen in Naturschätze und Kunstschätze. Es entstehen also die Aufgaben: a) Schutz der heimatlichen Naturschätze, b) Pflege der heimatlichen Naturschätze, c) Schutz der heimatlichen Kunstschätze, d) Pflege der heimatlichen Kunstschätze. Im weiteren besprach der Vortragende die Naturdenkmäler, denen wir Schutz und Pflege angedeihen lassen sollen und die sich in der engeren Heimat befinden. (Aus dem Mineralreich: Findlinge oder eratische Blöcke, Gletscherschliffe am Galgenberg bei Halle, in den Reinsdorfer Porphyrbrüchen, Krötensteine, Dreikanter oder Rundschliffe; Pflanzen- u. Tierversteinerungen: Semnrüber Vulkan; aus dem Pflanzenreiche: Eier-Spechtwurzel, Kuhschelle Sonnenknotenblume, Raubensenf usw.; heimische Tierwelt: Fischreiher, Ente, Mauerkurf, Kuckuck usw., Quellen, Teiche, Seen, Kunstschätze der Heimat, Baudenkmäler, kunstgewerbliche Gegenstände, Hausrat, literarische Kunstschätze u. s. w.

An anschaulichen Beispielen zeigte der Vortragende, wie man bei den Wanderungen mit den Jugendlichen bei diesen lebhaftes Interesse für die Naturdenkmäler der Heimat erwecken und den Willen zu ihrer Pflege und ihrem Schutze stärken kann.

Lehrer Otto Schroeter-Ammendorf ist Leiter der Beratungsstelle für Heimatpflege und Jugendschutz im Dienst der Jugendpflege. Er ist stets bereit, mit Rat und Tat den Jugenderziehern und Jugendlichen hier behilflich zu sein.

Auf dem Gebiete der Staatsbürgerkunde sprach Geh. Regierungsrat Schwanert in zwei Stunden über Reich, Länder und Gemeinden. Ausgehend davon, daß diese drei berufen seien, bei der Einrichtung öffentlicher Anstalten für die Bildung der Jugend zusammen zu wirken, erörterte der Redner vor allem das Wesen und die einzelnen Zweige staatlicher wie kommunaler Aufgaben, sodann die zwischen beiden bestehenden Beziehungen. Dann wurden die verwaltungsrechtlichen Pflichten der Bürger, geteilt in die allgemeinen polizeilichen Pflichten und die öffentlichen Lasten, gegenübergestellt. Es folgten Ausführungen über den Begriff der Polizei, die Richtungen der polizeilichen Tätigkeit, die Schranken der Polzeigewalt.

Neue Versicherungsmarken.

* Vom 1. August ab werden an neuen Versicherungsmarken eingeführt: Einwochenmarken, Zweiwochenmarken, Dreizehnwochenmarken für Lohnklasse I zu 90 Pfg., 180 Pfg und 11.70 Mk., für Lohnklasse II zu 100 Pfg., 200 Pfg. und 13 Mk., für Lohnklasse III zu 110 Pfg., 220 Pfg. und 14.30 Mark, für Lohnklasse IV zu 120 Pfg., 240 Pfg. und 15.60 Mk., für Lohnklasse V zu 140 Pfg., 280 Pfg. und 18.20 Mk. Mit dem Verkauf der neuen Marken wird am 27. d. M. begonnen. Die alten Versicherungsmarken für eine Woche werden noch bis zum 31. Januar 1921 weiterverkauft.

Auszahlung der Invalidenrenten.

* Beim hiesigen Postamt findet die Auszahlung der Invalidenrenten am Montag, den 2. August statt und zwar von 8½ vorm. bis 12 Uhr mittags auf Stammkarte Nr. 1 bis 450. Eingang Bahnhofstraße: auf Nr. 600 bis 900. Haupteingang: von 2—5½ Uhr nachm. auf Stammkarte 900—1500 bezw. 1501—2000. Auf die Notwendigkeit der pünktlichen Abhebung wird besonders hingewiesen.

Der Chemikertarif verbindlich.

* Der zwischen dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, Bezirksgruppe Bayern, und dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Sektion VIII am 6. Dezember 1919 abgeschlossene Tarifvertrag ist unterm 6. März 1920 allgemein verbindlich erklärt.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Ernennung.

* Dürreuberg, 30. Juli. An Stelle des Gutsbesitzers Karl Rosenheim in Thalschütz ist der Privatmann Ferdinand Meinhardt in Rampitz zum Abschätzungs- und Versicherungskommissar der Land-Feuersozietät für die Ortschaften Großlehna, Kleinlehna, Kauern, Rempitz, Oetsch, Rampitz, Thalschütz und Treben ernannt und verpflichtet worden.

Protestkundgebung der Kriegsbeschädigten.

** Halle, 30. Juli. Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen veranstalten am nächsten Sonntag hier eine Protestkundgebung durch einen Umzug nach dem Marktplatz, wo eine Ansprache gehalten werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200730-17/fragment/page=0002

Protestversammlungen der U. S. P. in Halle.

h **Halle, 29. Juli. Am Mittwoch abend veranstaltete die** U. S. P. zwei Protestversammlungen gegen die etwaige Verletzung der Neutralität im russisch-polnischen Kriege. Der Vorsitzende **Lemck**, der sich selbst als Bolschewist bezeichnete, forderte in hochtönenden Phrasen das Hallische Proletariat auf, sich mit seiner ganzen Macht gegen die Regierung zu wenden, die beabsichtigte, zugunsten Polens die deutsche Neutralität zu brechen. Es bestünde die große Gefahr, daß das deutsche Proletariat für den Ententekapitalismus geopfert werden sollte. Es wurde eine Entschließung angenommen, die die Regierung auffordert, solange alle Transporte angeblicher Tschechen zu verbieten, gegebenenfalls die Mannschaften zu internieren, bis der Krieg zwischen Polen und Rußland durch einen Waffenstillstand beendet sein werde. Weiter fordert die Entschließung die Unterbindung jeglicher Munitionszufuhr sowie die Freilassung Bela Khuns und dessen Reiseerlaubnis nach Rußland und erhebt zugleich den schärfsten Protest gegen seine Vergewaltigung. Die beiden hiesigen **kommunistischen Parteien** stellten den Antrag, die sofortige Ausschreibung von **Wahlen für politische Arbeiterräte**, die die revolutionäre Aktion einleiten sollen, vorzunehmen. Die Mehrheit lehnte aber den Antrag ab, nachdem zwischen den Führern der drei revolutionären Parteien ein heftiger Wortwechsel stattgefunden hatte.

Verleihung.

** **Lauchstedt, 29. Juli.** Dem Handlungsgehilfen Paul Stein hier wurde noch nachträglich das Eiserne Kreuz verliehen und am letzten Freitag durch Herrn Bürgermeister Kern überreicht.

Kreis-Schulrat.

** **Mücheln, 29. Juli.** Herrn **Kreisschulrat** Rothkähl hier ist außer den öffentlichen und privaten Schulen im Kreise Querfurt auch ein Teil der Schulen im Kreise Merseburg unterstellt, nämlich in Niederwünsch, Benndorf, Cracau, Großgräfendorf, Kleinlauchstädt, Kriegstedt, Lauchstedt, Raundorf, Niederclobicau, Schafstädt und Schotterey.

Protestversammlung der U. S. P. D.

** **Schkeuditz, 29. Juli.** Am Sonnabend fand hier eine Protestversammlung statt von der U. S. P. D. einberufen, gegen den Lebensmittelwucher, Schließung der Betriebe, gegen die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung und gegen den Steuerabzug. Herr **Patzig**-Laucha hatte das Referat übernommen.

Meisterprüfung.

** **Schkeuditz, 30. Juli.** Herr Richard Dorn in Papitz bestand am 24. Juli vor der Meisterprüfungskommission in Halle die Prüfung als Malermeister.

Schon wieder ein Opfer der Saale.

** **Weißenfels, 30. Juli.** Der Schulknabe Otto Schmidt, der sich beim Baden in der Saale zu weit an das obere Wehr gewagt hatte, wurde dort von einem Strudel erfaßt und mußte seinen jugendlichen Uebermut mit dem Leben bezahlen.

Aus Provinz und Reich

Ein Eisenbahnunglück in der Nähe des Bahnhofes Stötteritz.

† **Leipzig, 30. Juli.** Ein Eisenbahnunglück ereignete sich Donnerstagabend gegen ¾7 Uhr dicht in der Nähe des Bahnhofes Stötteritz bei Leipzig. Von dem von Hof kommenden Zuge Nr. 4211, der im Leipziger Hauptbahnhof fahrplanmäßig 6 Uhr 55 Min. abends eintreffen soll, entgleisten kurz vor der Haltestelle Stötteritz zwischen der Straßenüberführung der Raitzenhainer Straße und dem Stationsgebäude die drei letzten Wagen des Zuges. Zum Glück waren die Wagen nur schwach besetzt, sodaß nur zehn Personen glücklicher-

Feuer in einem Kino.

† **Zeitz, 29. Juli.** In Droyßig war das Kino im „Deutschen Hause" durch eine Filmexplosion in Brand geraten. Sämtliche auf demselben Flur liegenden Zimmer brannten vollständig aus. Der Besitzer des Kino, Füchsel, war bewußtlos geworden und konnte nur mit Einsatz eigener Lebensgefahr beherzter Männer, von denen zwei ohnmächtig geworden waren, schwer verbrannt aus seiner schrecklichen Lage befreit werden. Ein in dem Hause zur Sommerfrische weilendes älteres Ehepaar wurde durch Brandwunden erheblich verletzt.

700jähriges Stadtjubiläum.

† **Nordhausen, 30. Juli.** Heute vor 700 Jahren hat Kaiser Friedrich II. durch eine zu Augsburg (am 28. Juli 1220) ausgestellte Urkunde unsere Stadt zur Reichsstadt erhoben.

Bestätigung.

† **Wittenberg, 29. Juli.** Die Wahl des besoldeten Stadtrats Arnold Wurm in Halle. zum Ersten Bürgermeister unserer Stadt ist von der preußischen Staatsregierung auf die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren bestätigt.

Großer Filmdiebstahl.

** **Bitterfeld, 27. Juli.** Bei der Akiengesellschaft für Anilinfabrikation wurden große Mengen Films von beträchtlichem Werte gestohlen und über Dessau nach dem Auslande verschoben. Die drei Beteiligten an dem Diebstahl, ein Schlosser aus der Anilinfabrik, ein Bäckermeister und der Inhaber eines photographischen Ateliers in Dessau wurden von der Kriminalpolizei in Haft genommen.

* * *

Schweres Explosionsunglück.

† **Prag, 30. Juli.** Heute vormittag ereignete sich in der Auerschauer Munitionsfabrik der A.-G. vorm. Skodawerke ein großes Explosionsunglück, bei dem 20 Arbeiter sofort getötet wurden. Die Anzahl der Schwerverletzten ist noch nicht bekannt.

Gerichtszeitung

Wegen Mordes

wurde der ledige Franz **Schultheiß** aus Stößen vor dem Schwurgericht zu Naumburg zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Schultheiß hat das Dienstmädchen Erna **Knabe** am 8. Januar in Stößen vorsätzlich mit einem Beile erschlagen.

Turnen, Spiel und Sport

Eine Bitte an unsere Mitbürger und Sportsinteressenten. Zu dem am kommenden Sonntag hier stattfindenden 1. **Sport- und Turnerfest** auf dem V. f. L.-Platz werden eine große Anzahl auswärtiger Teilnehmer schon am Sonnabend erwartet. Die Vereinsleitung V. f. L. bittet nun die hiesige **Bürgerschaft, die Quartiere zur Verfügung stellen können, dieses umgehend der Leitung E. Dibowsky, Thietmarstr. 1, zu melden. Unsere** so häufig auswärts weilenden **Turner und Leichtathleten** haben in anderen Städten so **glänzende Aufnahme** gefunden, daß Merseburg in dieser Beziehung sicherlich auch nicht zurückstehen wird.

h **Das Wasserballspiel** zwischen dem Weißenfelser Schwimmverein und dem Neuen Leipziger Schwimmverein in Weißenfels endete mit 6:3 für Leipzig (4:1). Im Spiel der Weißenfelser Herrenmannschaft gegen die 2. Mannschaft des N. L. Schw.-V. war letztere der Weißenfelser überlegen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Patentbett und Wohnungsnot.

Der Wohnungsnot zu steuern, kommt eine Neuheit auf den Markt, die geeignet erscheint, vielen aus der Verlegenheit zu helfen. Dem Erfinder des Patenausziehtisches, Herrn Gustav Franz Gröber, ist es gelungen, nach jahrzehntelangen Versuchen ein wirklich brauchbares und zweckentsprechendes „Patentbett" herzustellen. Das Patentbett hat die Form und die Größe einer gewöhnlichen Kommode. Durch den einfachsten Handgriff ist ein Bett in der üblichen Größe mit Patentmatratze und Auflagematratze hergestellt, ebenso schnell und einfach kann das Bett in den alten Zustand der Kommode zurückversetzt worden. Ein freibleibender Schrankteil der Kommode kann zur Aufnahme von Decken und dergleichen Verwendung finden. Die einfachste Konstruktion ermöglicht es, das Stück auch unter Berücksichtigung der jetzigen hohen Löhne und Materialpreise billig herzustellen, sodaß die Erfindung in den weitesten Kreisen Eingang finden kann. Zuerst wird das Patentbett auf der Leipziger Messe in diesem Jahre ausgestellt werden. Die Möbelfabriken Gebrüder Bethmann hat die Fabrikation und den Vertrieb in allen Teilen übernommen und diese leistungsfähige bekannte Firma gewährleistet auch die sachgemäße Bearbeitung und Verbreitung der Erfindung.

Wettervoraussage

Sonnabend, 30. August. Fortdauer der wolkigen kühlen Witterung mit Neigung zu leichten Regenfällen.

Merseburger Schwimmerschaft, Badeanstalten.
Luftwärme 20 Grad, Wasserwärme 21 Grad.

Letzte Depeschen

Die Bolschewisten kämpfen weiter.

Warschau, 29. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Bolschewisten setzen trotz des Waffenstillstandes ihre Offensive fort. Im Zentrum vollzieht sich die Einschließung von Brest-Litowsk; südlich ist Lemberg bedroht. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die beiden Städte sich ergeben müssen. Auf dem Wege nach Brest-Litowsk haben die Bolschewisten Berezyja und Kartuzli erreicht. In sehr großer Anzahl haben sie den Czelwafluß überschritten. An den übrigen Frontteilen geht der Vormarsch weiterhin schneller von statten. Die Polen weichen fast überall und es wird an der ganzen Front weitergekämpft. Die beiderseitigen Verluste sind groß.

Die Entente gegen die russischen Waffenstillstandsbedingungen.

London, 29. Juli. Die Alliierten wollen die Sowjetregierung dringend auffordern, die **Waffenstillstandsbedingungen** bedeutend zu **ändern**; andernfalls haben die Alliierten militärische **Hilfe für Polen** ins Auge gefaßt. Es wird angenommen, daß der ökonomische Faktor in den Verhandlungen mit den Sowjets sich am wirksamsten erweisen wird. Die Härte der Waffenstillstandsbedingungen rief **keine** Ueberraschung in Londoner diplomatischen Kreisen hervor, die erkennen, daß Sowjetrußland dem Waffenstillstand nur zustimmte, um Zeit für seine militärischen Offensivpläne zu gewinnen.

Die französische Kammer und der deutsche Vorschuß.

Paris, 29. Juli. Der Finanzausschuß beschloß **mit 14 gegen 12 Stimmen entgegen seinem gestrigen Beschluß nicht in Einzelberatung des Gesetzes, das einen Kredit für die Dauer von sechs Monaten als Vorschuß an Deutschland vorsieht, einzutreten. Man darf nunmehr annehmen, daß über die Angelegenheit morgen in der Kammer die Entscheidung getroffen wird und daß der Berichterstatter des Gesetzes Dommer seine Demmission geben wird.**

Paris, 29. Juli. Nach einer Havasmeldung ist die Abstimmung des Ausschusses der Kammer für finanzielle Angelegenheiten zu Gunsten des Kohlenabkommens von Spaa auf das Eintreffen des Ministerpräsidenten Millerand zurückzuführen, der die ernsten Folgen darlegte, die sowohl nach außen wie nach innen durch die Ablehnung des Gesetzentwurfes entstehen würden. Später trat der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten allein zusammen und nahm nach Anhörung Millerands und nach einer neuen Debatte mit 15 gegen 7 Stimmen den Gesetzentwurf an.

Paris, 30. Juli. Die Finanzkommission der Kammer hat nach den Ausführungen Millerands beschlossen, ihre Entschließung, den Gesetzentwurf betreffend einen Vorschuß von 200 Millionen Mark an Deutschland zu verwerfen, **aufrecht zuerhalten.**

Holland erhält deutsche Kohle.

Haag, 29. Juli. (Korr. Büro.) In den von dem Ausschuß der ersten Kammer über das Kredit- und Kohlenabkommen gemachten Bemerkungen erklärt die niederländische Regierung, daß die Besprechungen in Spaa an Deutschlands Handelsfreiheit gegenüber Holland nichts geändert haben. In einem Brief erklärt der deutsche Reichskanzler Fehrenbach ausdrücklich, daß seine Regierung voll und ganz bereit sei, die vertraglichen Verpflichtungen ihrer Vorgängerin zu erfüllen. Bezüglich der Ausführungen des Kohlenabkommens sind keine internationalen Verwicklungen zu befürchten.

Der holländische Kredit genehmigt.

Haag, 30. Juli. Die erste Kammer hat den Gesetzentwurf betreffend den 200 Millionen Gulden-Kredit an Deutschland ohne Namensabstimmmung angenommen.

Der Reichskohlenrat und Spaa.

Berlin, 30. Juli. Der Reichskohlenrat erörterte gestern das Kohlenabkommen von Spaa und seine Erfüllung. Der deutsche Plan will den Ruhrbezirk weniger und Oberschlesien dafür umso stärker heranziehen. Die Zuteilung an die Eisenbahn muß etwas vermindert werden. Auch die Ausfuhr ist auf die Hälfte einzuschränken. Hausbrand und Industrie sollen sich mehr auf Braunkohle einstellen, der eine stärkere Wagengestellung zugesagt wird. Die Industrie einschließlich der Hüttenzechen muß sich eine Einschränkung von 16 Prozent gefallen lassen. Bessere Wärmewirtschaft und stärkere Kontrolle sollen hier Ausgleich schaffen. An eine weitere Einschränkung der Gasanstalten wird nicht gedacht. Bessere Ernährung und Unterbringung der Bergarbeiter wird ins Auge gefaßt. Die Einfuhr von Heizöl und sonstigen Brennstoffen ist zu steigern. Ferner wurde ein Antrag, vom 1. August ab eine **Kohlenpreiserhöhung** des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndiats um 9 Mk. für die Tonne eintreten zu lassen, angenommen, nachdem Staatssekretär Dr. Hirsch erklärt hatte, die Reichsregierung sei bereit, für den Bergarbeiterheimstättenbau sofort 300 Millionen Mk. im Creditwege bereitzustellen. Staatssekretär Dr. Hirsch legte gegen die Erhöhung im Namen der Reichsregierung Einspruch ein, es wurde ein kleiner Ausschuß aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einem Verbraucher gebildet, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbauinteressenten morgen darlegen soll.

Neue Gefangenentransporte von England.

Kuxhaven, 29. Juli. Heute trafen in Altenbruch 700 Tschechoslowaken mit dem Dampfer „Valencia" und 3500 mit dem Dampfer „Minnekada" ein. Sie werden morgen in Sonderzügen weiterreisen.

Für Abbau der Zwangswirtschaft.

Karlsruhe, 30. Juli. (T. U.) Der Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, wonach die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Oele, Schlachttiere, Fleisch, Fett, Tabak, ferner für Flachs und Hafer alsbald aufgehoben werden soll.

Eine neue Dienstbotenordnung.

Berlin, 30. Juli. Wie das „Berl. Tagebl." hört, sollen die Rechtsverhältnisse der Hausangestellten demnächst für das ganze Reich einheitlich geregelt werden. Ueber die wichtigen Fragen des neuen Hausdienstrechts werden im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Vertretern der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden stattfinden.

Internationale Bergarbeiter-Konferenz.

Berlin, 30. Juli. Einer Meldung des „B. T." aus **Genf** zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkonferenz bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, ein Oesterreicher und ein Ungar angemeldet. Auf der Tagesordnung stehen die von den Engländern vorgeschlagene Nationalisierung der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechsstundentages.

Blutige Krawalle bei den Höchster Farbwerken.

Höchst a. M., 29. Juli. Kurz nach neun Uhr zogen mehrere hundert Arbeiter vor das Direktionsgebäude der Höchster Farbwerke und erzwangen den Eintritt. Ein Teil von ihnen drang in das Bureau der Direktion ein und forderte unter Drohungen u. a. Uebernahme des zehnprozentigen Steuerabzugs durch die Werkleitung, sowie Abänderung der Arbeitszeit in bestimmten Betrieben. Drei Direktoren wurden mißhandelt und erheblich verletzt. Unter der List der nachdrängenden Menge stürzte ein Teil des Treppenhauses ein und eine Anzahl Personen wurden verletzt, zwei davon schwer. Ein junger Mann starb nach kurzer Zeit. Der Betriebsrat war gegenüber der andrängenden Menge machtlos.

Die Direktion der Farbwerke vormals Meister, Lucius v. Brüning sagt zu, daß in Betrieben, in denen eine 48stündige Arbeitswoche noch nicht eingeführt war, diese sofort eingeführt werden soll. Weiter wird das Werk den 10prozentigen Steuerabzug rückwirkend übernehmen. Die durch die heutigen Vorgänge entgangenen Lohnausfälle wird das Werk tragen. Die mißhandelnden Mitglieder der Direktion werden voraussichtlich längere Zeit dienstunfähig sein.

Die Ursache der Danziger Krawalle.

Danzig, 30. Juli. Gestern abend war die Ruhe wieder hergestellt. General Hayking, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing abends die Vertreter der Danziger Presse und dementierte eine Nachricht des Organs der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, nach der 22 englische Soldaten wegen verweigerter Entladung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers „Triton" in Haft gesetzt sein sollten. Diese Meldung habe die Menge veranlaßt, den Versuch zu unternehmen, die verhafteten Soldaten zu befreien. Die Demonstrationsversammlung war wegen des zu hohen Steuersatzes und der ständig steigernden Verteuerung der Lebensmittel veranlaßt worden.

Polnischer Verkehrsboykott gegen Danzig.

Danzig, 30. Juli. Die Weigerung der Hafenarbeiter, die im Hafen angekommene, für Polen bestimmte Munition zu löschen, hat zu dem Beschluß der polnischen Eisenbahnarbeiter geführt, die Gütersperre über Danzig zu verhängen. Die gesamte Güterzufuhr aus dem polnischen Gebiete nach Danzig stockt.

Neuer Landarbeiterstreik.

Zittau, 29. Juli. (Eig. Drahtber.) In Grottau, Grafenstein und Weißkirchen sind sämtliche landwirtschaftlichen Arbeiter wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Kriegsbeschädigten-Kundgebungen in Belgien.

Brüssel, 30. Juli. Während der Landtagssitzung drang gestern ein Demonstrationszug von Kriegsbeschädigten in die Kammer ein. Die Kundgebung richtete sich besonders gegen den Minister für die Landesverteidigung Jansen. Es kam hierbei zu einer Schlägerei mit den Abgeordneten. Als Anstifter der Unruhen wird das Blatt der Frontpartei „Ons Vaterland" angesehen, gegen das ein Strafverfahren eingeleitet werden soll.

Eine geschiedene deutsche Prinzessin mit einem Chauffeur durchgebrannt.

Prag, 29. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie das Tschecho-Slowakische Pressebüro meldet, ist die Prinzessin Alexandria Viktoria, die geschiedene Gattin des Prinzen August Wilhelm von Preußen, mit dem Chauffeur Fritz Maier verschwunden.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200730-17/fragment/page=0003

Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. M. White.

53) (Nachdruck verboten.)

„Was ist hier geschehen?“ herrschte er ihn an. „Was wollten die beiden von Ihnen?“

Der Graf ging zur Tür und spähte auf den Flur hinaus. Als er sah, daß die Polizei-Beamten sich wirklich entfernt hatten, sagte er mit gedämpfter Stimme:

„Etwas sehr Unangenehmes, Slawik! — Ich muß mich auf harte Kämpfe gefaßt machen. Man hat mich gezwungen, offen zu reden.“

Slawik verschränkte die Arme über die Brust und lehnte sich weit zurück.

„So — man hat Sie dazu gezwungen!“ sagte er mit hartem Spott. „Nun, da werde ich mich vielleicht auch gezwungen sehen, zu — sprechen!“

Der Graf wurde leichenblaß.

„Was — was heißt das?“ stammelte er. „Wie habe ich das zu verstehen?“

„Ich denke, Sie werden es recht verstehen, Verehrtester! — Aber ich will mich zu Ihrer Bequemlichkeit noch klarer ausdrücken: ich werde den Herren von der Polizei mitteilen, wer der Herr Graf Alfred Reckenthin ist.“

„Das — das wäre — — das dürfen Sie nicht — dürfen Sie nicht! Denken Sie an unseren Vertrag — —“

„Sie tun sehr gut daran, mein Bester, mich an unseren Vertrag zu erinnern! — Denn ich sicherte Ihnen darin meine Unterstützung zu — gegen Ihr bündiges Versprechen, die äußerste Vorsicht zu bewahren und niemals etwas von Ihrem Treiben an die Oeffentlichkeit dringen zu lassen.“

„Aber ich konnte doch nicht anders handeln, Slawik! — Ich befand mich in äußerster Gefahr. Man hielt mich für den Brandstifter — Sie wissen ja — und ich — ich konnte mir nicht anders helfen, als daß ich mich für den rechtmäßigen Besitzer von Hohenlinden ausgab — —“

Um Slawiks Mund, diesen harten, grausamen Mund, zuckte ein Lächeln.

„Und haben sich vom Regen in die Traufe gebracht! — Nein, mein Lieber, ich lasse Ihnen diesen Kontraktbruch nicht ruhig hingehen. Wenn er wirft alle meine Pläne über den Haufen — Pläne, an denen ich seit zwei, seit drei Jahren unausgesetzt arbeite — er bringt mich um die Früchte langer Bemühungen.“

Und plötzlich verließ ihn seine Ruhe. Die ingrimmige Wut, die ihn erfüllte, brach hervor.

„Narr, der Sie sind!“ stieß er zwischen den Zähnen hervor und ballte drohend die Fäuste. „Wie können Sie solche Streiche machen — Streiche, deren ein dummer Junge sich zu schämen hätte? Sehen Sie denn nicht, daß Sie wahnwitzig gehandelt haben? Keinem Landgendarmen können Sie weismachen, Graf Reckenthin zu sein! Ihre sogenannten Beweismittel konnten wohl eine alte Frau und einen schwachköpfigen Greis einschüchtern — aber kein Gerichtshof der Welt wird sie anerkennen!“

Als der Pseudo-Graf zu verstehen meinte, daß Slawiks Aufregung nur aus der Tollkühnheit seines Unternehmens resultierte, gewann er einen Teil seiner Ruhe zurück.

„Sie irren, Slawik! — Jeder Gerichtshof der Welt wird mich anerkennen. — Lassen Sie uns doch in Ruhe und wie Männer verhandeln, Slawik! Und gestatten Sie mir vor allem, daß ich Ihnen die Sachlage auseinandersetze. Sie haben mich vor zwei Jahren, als ich Ihnen die in meinem Besitz befindlichen Papiere Reckenthins zeigte, nach Süd-Amerika hinübergeschickt. Ich habe in Chile die sorgfältigsten Nachforschungen nach dem Grafen angestellt — wie Sie wissen, ganz ergebnislos. Daraufhin bin ich in Santiago als Graf Alfred Reckent hin aufgetreten — habe mir chilenische Papiere auf diesen Namen verschafft — bin als Graf Reckenthin mit der „Atlantique“ nach Europa zurückgekehrt — und habe in Berlin, ordnungsgemäß angemeldet, als Graf Reckenthin gelebt. Wir brauchen nur einige hundert Mark anzuwenden — und wir bekommen drüben in Chile zwei Dutzend Zeugen, die mit jedem möglichen Eid beschwören, daß ich mein Leben lang als Graf Reckenthin in Chile gelebt habe. Einen sehr glaubwürdigen Zeugen haben wir bereits — und sein Name wird Sie sicherlich überraschen: er heißt Rudolf Gentner.“

Slawik fuhr zurück und starrte ihn verständnislos an.

„Gentner? — Rudolf Gentner? — Wie sollte gerade er dazu kommen, etwas zu bezeugen, das in Wirklichkeit nicht existiert?“

„Er bezeugt es in gutem Glauben! — Er ist nämlich der einzige, der den Grafen in Chile gekannt hat. Auf gelegentlichen Geschäftsreisen Reckenthins nach Santiago hat er ihn kennen gelernt. Reckenthin hat ihm, wie er sagt, auch davon gesprochen, daß er einen Sohn besitzt. — Sie brauchen nicht zu erschrecken; dieser Sohn ist wie der Vater sicherlich längst verdorben und gestorben — sonst hätte ich etwas von ihm erfahren, als ich drüben war. — Gentner aber hat mich mit sehr wertvollen Daten versehen. Er hat mir mitgeteilt, wann und wo ich geboren wurde“ — der Graf hatte seine Frechheit schon so weit wieder, daß er selbst belustigt lachen konnte — „wo und wann meine Eltern getraut wurden, wie meine Mutter hieß, wer der Vater meiner Mutter war, wo ich erzogen wurde, wo mein Vater gelebt hat — kurz und gut, er hat mir ahnungslos alles mitgeteilt, was mir zu wissen not tut. Und mehr noch: er hat mir Papiere zurückgegeben, die durch den Grafen Reckenthin an ihn gelangt sind. Unter anderm auch den Trauschein meiner quasi Eltern.“

Slawik war mit erregten Schritten auf und nieder gegangen. Jetzt blieb er stehen und sagte:

„In der Tat — das ändert die Sachlage. Aendert sie ganz bedeutend. Wenn Sie mit solchen Beweismitteln versehen sind — — Mit der Ausrüstung können Sie die Rolle des Grafen wenigstens auf ein paar Monate in Sicherheit spielen. Man wird gezwungen sein, Ihnen Anrechte an Hohenlinden einzuräumen. Und Sie werden bedeutende Geldmittel aufnehmen können! — Wahrhaftig, ich weiß nicht, ob das nicht die beste Lösung ist. Ein paar Monate spielen Sie den Grafen Reckenthin — erschwindeln, was Sie nur erschwindeln können — verschwinden auf ein gegebenes Zeichen — und der Tarnow wird wieder Herr auf Hohenlinden! — Zu fassen ist er dann für mich immer noch — so gut wie heute. Denn wenn er durch Sie aus dem Besitz gedrängt wird, kann er seine Schuld an mich nicht tilgen. — Ich glaube wirklich, es wird sich machen lassen — wird sich machen lassen. — Also — ich will Ihnen behilflich sein, Herr von Hohenlinden zu werden. Aber dafür haben Sie in spätestens drei Wochen eine Summe von fünfmalhunderttausend Mark an mich zu zahlen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die glückliche Geburt eines Stammhalters zeigen hocherfreut an

Katasterkontrolleur

Waldschmidt und Frau

Elisabeth geb. Hetzer

Gebach, den 26. Juli 1920.

Ein Versuch

wird Ihnen zeigen, daß Sie mit einer Insertion im »Merseburger Tageblatt« Erfolg haben. Eine gute Zeitungs-Reklame bringt stets Erolg. Auf Wunsch Vertreterbesuch zwecks genauer Besprechung. Fernruf 100.

Suche **Geschäftsverbindung** mit Molkereien Käsereien, Gutsbesitzern und Händlern.

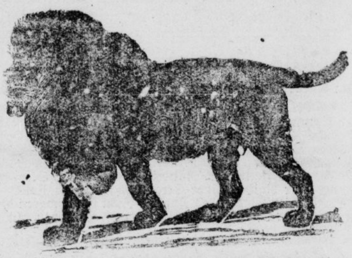
Bruno Schmidt, Leipzig

Butter-, Eier-, Käse-, Geflügel-Grosshandlung

Markthalle, Stand 96, 1 Treppe.

Auf dem Schützenplatz!

Banums Zweimaster-Raubtier-Zirkus!



Zur Vorführung gelangen erstk. **Raubtier-Dressuren** v. **Löwen, Bären, Wölfen, Hyänen, Schlangen** u. dergl. **Lazi, der sprechende Wunderbär**, staunenerregend in seinen Leistungen. Das Tier stammt aus dem Bärenzwinger der Stadt Bernburg u. wurde käuflich erworben im Jahre 1910. Außerdem verschied. **Reitszenen**, ausgeführt v. besten Reiterinnen und Reitern. **„Liebling“, das Blumenpferd**, vorgeführt von Frau Bonstedt. **Voltige à la Richard**, geritten von Frl. Stefani. **Der kluge Hans**, vorgeführt v. Herrn Direkt. Auftreten **des deutschen Westafrikaners m. seinen unübertroff. Künsten**, sowie versch. **Reitersportspiele. Clown u. August** werden ihre neuesten **Witze** u. Spässe bringen.

Vorstellungen Sonntag, Montag u. Dienstag nachm. 4, 6 u. abends 8 Uhr. Alles Nähere durch Reklame. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst ein **Die Direktion.**

NB. **Tote und notgeschlachtete Tiere kauft** jederzeit an zu Futterzwecken **Zirkus Banum.**

Für

Sport u. Reise

ganz besonders preiswert:

Blusen-Flanell in solider Qualität **21.— 19.50**

Leichte Hochsommer-Kleiderstoffe

in reicher Auswahl **zu niedrigsten Tagespreisen**

Für Erntekleider:

Kleiderdruck — Gingham Mk. 9.50

Besonderes Angebot:

Ia. Indigo-Druck 80 cm breit **Mk. 20.—**

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Unerfahrene

Frauen

lassen sich irreführen u. kaufen teure nutzlose Mittel. Seien Sie jedoch klug und wenden sich bei **Regel**störungen u. Stockungen nur an **A. Schilenz, Hamburg I, Ausgabe**. Wenn alles vergeblich, fassen Sie noch einmal Mut und brauchen mein anerkannt wirksames Spezialmittel. Vollkommen unschädlich. **Garantie.** Erfolg in 3—4 Tagen. Ohne Berufsstörung. Zahlreiche Dankschreiben.

Diskreter Versand.

Neu erschienen!

Fußball-Regeln

— 1920. —

Enthaltend die neuesten Regeln. — Für die kommende Fußball-Serie unentbehrlich. — Erhältlich in der Geschäftsstelle dieser Zeitung, Hälterstr. 4.

Preis 80 Pfg.

Gut erhaltener schwarzer

Herren-Ueberzieher

billig zu verkaufen

Stufenstraße 3.

Ein noch gut erhaltener

Liegestuhl

zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote unt. **P. K. 599** an die Exped. d. Blattes.

Dienstmädchen erhält,

wer die **Unstrut-Zeitung Laucha** zur Insertion benutzt.

Stadttheater Halle.

Sonnabend, abds. 7½ Uhr: **Johannisfeuer.**

Sonntag, abends 7½ Uhr: **Die Meistersinger von Nürnberg.**

Preuß.-Südd. Lotterie.

Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse 16./242. Lotterie hat bis spätestens Freitag, den 6. August zu geschehen.

Ziehung der 2. Klasse 12. u. 13. August. Rückwanderergeldlose zu 6 M zu haben. Ziehung 24. bis 31. August.

Hallesche Straße 25.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel

„Nicodaa“. Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung

Beste Zeit zur Brutvernichtung.

Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpackungen.

Verkauf: Drog. **R. Kupper**, Markt 17.

— — Bitte ausdrücklich nur Nicodal zu verlangen. — —

Geld

auf Schuldschein, Wechsel, Hypothek bis 5 Jahre, schnell diskret und bar.

West. Lützow

Berlin W. 612

Potsdamerstraße 80 a.

Gegr. 1900.

Taus. Dankschreiben.

Jeden Posten

Makkulatur kauft

Fr. Götze, Gotthardstr. 17.

Raucherdank ermögl. in einigen Tagen das Rauchen ganz od. teilweise zu unterlassen. Wirkung verblüffend. Vollständig unschädl. tägl. Anerkenn. u. Nachbestellung. Auskunft umsonst. Santtas, Fürth, Bay., Flößaustraße 23.

Nähmaschinen werden schnell und gut repariert bei

L. Albrecht, Hallesche Str. 10b

Stoff zum compl. Kostüm oder Anzug schon von **150 Mk.** an.

Nie wieder

kehrende Gelegenheit. Ohne Rücksicht auf den früheren Preis! findet am **Freitag** und **Sonnabend von 9—6 Uhr in Merseburg, Hotel zur „Goldenen Sonne“**

Grosser Stoff-Verkauf für Herren-Anzüge, Damen-Kostüme, Herren-Hosen, Kinder-Anzüge, Damen-Mäntel, Futter-Stoffe,

Schweizer Batist weiss bestickt Mtr. 14.75 Mk.

Dunkelblauer Voile bestickt, 110 cm br. Mtr. 14.75 Mk.

Fertige Damen-Ulster, reizende Machart, Reklame-Angebot, pro Stck. **89.50 Mk.**

Regen-Mantel-Stoff, wasserdicht, in blau u. braun, Mtr. **59 Mk.**

Edel-Tuch, schwarz und marineblau, ca. 140 cm breit, Mtr. **188.50 Mk.**

E. Neugebauer, Weissensee.

Günstige Einkaufs-Gelegenheit für Schneider und Wiederverkäufer!

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich von heute ab auch tägl. frischgebrannten

Ia Kaffee

im Verkauf abgebe.

Martha Hoffmann

Reichardts

— Schokoladengeschäft —

Gotthardtstr. 14.

Bei ruhigen Leuten in Merseburg u. Umg. werden **zwei** ganz oder teilweise

möbl. Zimmer

mit Küchenbenutzung gesucht. Angeb. an

A. Funke, Leipzig-Co., Waisenhausstr. 19.

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am 31. Juli 1920.

vorm. von 8—9 Uhr auf die Nummern		4176—4275
„ „ 9—10 „ „ „ „		4276—4375
„ „ 10—11 „ „ „ „		4376—4475

statt.

Merseburg, den 30. Juli 1920.

L.-A. I. 689/20. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 1. August 1920. (9. n. Trinitatis.)

Gesammelt wird eine Kollekte für den Mitteldeutschen Verband evang.-nationaler Arbeiter und Arbeiterinnen-Vereine.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.
Volksbibliothek geöffnet Sonntags von 11 bis 12½ Uhr mittags.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Riem.
Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung.
Dienstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.
— an der Geisel 5: Pastor Werther. —
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abends 8 Uhr: Chor-Gesangs-Uebung.
An der Geisel 5. — Lehrer Busch.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Musikalischer Abend.
An der Geisel 5. — Pastor Riem.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein.
Im Anschluß Beichte und Feier des hl. Abendmahles.
Montag, nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe. Unteraltenburg 36.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Leseabend. Unteraltenburg 36.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein. Unteraltenburg 36.

Meuschau. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kratzenstein.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit.
Im Anschluß Beichte und Feier des hl. Abendmahles.
Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, abends 8 Uhr: Versammlung der konfirmierten Söhne im Pfarrhause.
Dienstag, nachm. 4 Uhr: Monatsversammlung der Frauenhilfe im Pfarrhause.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.

Christliche Gemeinschaft, Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Katholischer Gottesdienst.
Sonntag, den 1. August 1920.
Früh 6 Uhr: Beichte.
7 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
½10 Uhr: Hochamt und Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Christenlehre.
Sonnabend, abends von 5 Uhr an Beichte.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200730-17/fragment/page=0004